

## Zitierhinweis

Schenk, Tobias : recension de : Jacek Kordel, Sachsen, Preußen und der Kaiserhof im Streit um die Schönburgischen Herrschaften (1774–1779), Leipzig : Leipziger Universitätsverlag GmbH, 2021, dans : Zeitschrift für Historische Forschung (ZHF), 49 (2022), 2, p. 381-383, <https://recensio-stag.lorax.syslab.com/r/04a998ab1acf40e88d0765d0a39e7713>



## copyright

Dieser Beitrag kann vom Nutzer zu eigenen nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und/oder ausgedruckt werden. Darüber hinausgehende Nutzungen sind ohne weitere Genehmigung der Rechteinhaber nur im Rahmen der gesetzlichen Schrankenbestimmungen (§§ 44a-63a UrhG) zulässig.

Autoren vor ihr, kombiniert auch sie Briefe aus unterschiedlichen Kommunikationszusammenhängen, Journale, Denkschriften sowie Reiseberichte miteinander. All diese Texte werden ohne eine tiefere Quellenkritik zu Bausteinen einer singulären Wahrheit, die wiederum einen Authentizitätsanspruch des Buches stützt und zur Abgrenzung von Fiktion dient.

Zuletzt kann Czernins Werk als Beispiel dafür dienen, wie in der „public history“ der aktuelle Zeitgeist das Bild der Geschichte prägt. Bei Czernin sind es ihre eigenen Vorstellungen von guter Politik. Ihr begrüßenswertes Leitbild, dass Politik die Sorgen einfacher Menschen ernst nehmen und nicht in Filterblasen oder Palästen für Eliten entstehen sollte, bringt sie dazu, aus dem Wirken Josephs II. Lektionen für die Gegenwart abzuleiten. Dies ist aus Sicht der akademischen Geschichtswissenschaft zwar problematisch, doch es handelt sich um eine zentrale Aufgabe der „public history“, die durchaus ein gesellschaftliches Bedürfnis befriedigt.

Abschließend bleibt zu betonen, dass diese Rezension nicht das Ziel hat, Czernins Buch an den Maßstäben zu messen, die für wissenschaftliche Fachbücher gelten. Daher ist es auch nicht als Kritik gemeint, wenn hier die Unterschiede zwischen „public history“ und Fachwissenschaft benannt werden, sondern als Beitrag, um die Andersartigkeit der beiden Bereiche zu verstehen. Czernin will eine breite Leserschaft auf eine vergangene Epoche und eine herausragende historische Persönlichkeit neugierig machen, deren Wirken ihrer Ansicht nach Relevanz für unsere Gegenwart besitzt. Das gelingt ihr hervorragend. Leserinnen und Leser aus der Wissenschaft hingegen können durch die Lektüre des Buches viel darüber lernen, welche Vorstellungen von Geschichte und Geschichtswissenschaft im Allgemeinen und vom Zeitalter der Aufklärung im Besonderen in der Gesellschaft vorhanden sind und wie sie tradiert werden. Vielleicht könnte dies auch ein Anlass dafür sein, sich mit der eigenen differenzierten Forschung einmal an ein breiteres Publikum zu wenden.

Simon Karstens, Trier

*Kordel*, Jacek, Sachsen, Preußen und der Kaiserhof im Streit um die Schönburgischen Herrschaften (1774–1779), übers. v. Andreas Volk (Bausteine aus dem Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde, 42), Leipzig 2021, Leipziger Universitätsverlag, 222 S. / Abb., € 29,00.

Bei der vorliegenden Studie handelt es sich um einen ins Deutsche übertragenen Abschnitt aus der polnischsprachigen, an der Universität Warschau entstandenen Dissertationsschrift Jacek Kordels über die sächsische Außenpolitik der 1770er Jahre, während derer das traditionell kaisertreue, vom Siebenjährigen Krieg und dem Verlust der polnischen Krone gebeutelte Sachsen vom österreichischen ins preußische Lager wechselte. Im Vorfeld dieses bemerkenswerten Kurswechsels war es über die im Erzgebirge gelegenen Besitzungen der Herren von Schönburg zwischen Dresden und Wien zu Auseinandersetzungen gekommen, die Kordel auf der Grundlage umfangreicher Archivrecherchen minutiös aufarbeitet. Dabei reicht das Erkenntnisinteresse des Autors über eine Rekonstruktion des Einzelfalls hinaus. Am Beispiel des Konflikts soll der Handlungsspielraum einer deutschen Mittelmacht vor dem Hintergrund der preußisch-österreichischen Konkurrenz und das Spannungsverhältnis „zwischen der Stärke des Rechts und dem Recht des Stärkeren“ (13) im Alten Reich vermessen werden. Bei den schönburgischen Herrschaften handelte es sich um böhmische (Glauchau, Lichtenstein, Waldenburg) bzw. sächsische (Hartenstein, Stein) Reichsafterlehen. Sachsen war es bereits im 16. Jahrhundert gelungen, landesherrliche Rechte von den Schönburgern zu übernehmen und deren Verbindung zum böhmischen Lehnshof zu

lockern. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts ergab sich Spielraum für weitere Positionsgewinne, da Kaiser Karl VI. die Zustimmung Sachsens zur Pragmatischen Sanktion wichtiger war als die Unterstützung böhmischer Vasallen. Kurfürst-König August III. nutzte die Gunst der Stunde 1740 zum Abschluss von zwei Rezessen mit den Grafen, die dem Wettiner die Landeshoheit und den Schönburgern die persönliche Reichsunmittelbarkeit zuerkannten. Die Zustimmung des Kaisers oder des für die böhmischen Lehen zuständigen Prager Appellationsgerichts holte man jedoch nicht ein. In ihrem Bemühen um eine Konsolidierung des böhmischen Lehnshofes konnte Maria Theresia deshalb beide Rezesse 1773 für ungültig erklären und die Untertanen von ihren Pflichten gegenüber dem sächsischen Kurfürsten entbinden. Um diesen jedoch nicht ins preußische Lager zu treiben, beschloss der Kaiserhof, am Reichshofrat einen fiskalischen Prozess nicht gegen Sachsen, sondern gegen die Schönburger anzustrengen, die durch die Unterschrift unter die Rezesse ihre Lehnspflichten gegenüber dem Kaiser verletzt hätten. Zur Verschärfung der Situation trugen allerdings 1774 einsetzende österreichische Rekrutierungen in den Rezessherrschaften bei, die nicht vom Kaiser, sondern von Albert Christian Ernst von Schönburg initiiert worden waren, dem an einer Eskalation gelegen war. Im Frühjahr 1776 kam es schließlich zu einer Annäherung Dresdens an Preußen, das sogleich erklärte, die sächsische Landeshoheit in den umstrittenen Herrschaften anzuerkennen. Während in Dresden die Furcht vor einer österreichischen Militärintervention wuchs, brach im November 1776 in Glauchau ein Tumult aus, bei dem sächsische Kommissare von schönburgischen Kräften angegriffen wurden. Da man in Dresden die Drahtzieher der Ereignisse in Wien vermutete, gewann eine Anlehnung an Preußen an Plausibilität. Bei alledem gab man sich keinen Illusionen darüber hin, dass Friedrich der Große ein gefährlicher Bundesgenosse war. Um sich nicht in zu große Abhängigkeit von Preußen zu begeben, suchte man auch die Unterstützung der ernestinischen Herzöge und der erbverbrüdeten Landgrafen von Hessen, deren Gewicht in der Auseinandersetzung mit dem Kaiserhof allerdings begrenzt war. Das Jahr 1777 brachte zwei aufeinanderfolgende Militäraktionen. Zunächst sandte der Kurfürst Truppen nach Glauchau, um seine Gerechtsame zur Geltung zu bringen und die von Preußen verlangte Zwangsvollstreckung von Schulden des Grafen von Schönburg gegenüber dessen Tochter, einer verheirateten Gräfin Finckenstein, durchzuführen. Wenig später, von April bis November 1777, hielten österreichische Truppen Glauchau besetzt, um den nach Sachsen-Altenburg geflüchteten Schönburger wieder einzusetzen und die Rechte des böhmischen Lehnshofes zu wahren. In die verfahrene Situation platzten der Tod des bayerischen Kurfürsten Maximilian III. Joseph am 30. Dezember 1777 und die anschließende Besetzung der Oberpfalz und Niederbayerns durch österreichische Truppen, woraufhin Preußen und Sachsen im März 1778 ein Bündnis eingingen. Im Frieden von Teschen, mit dem 1779 durch französische und russische Vermittlung der Bayerische Erbfolgekrieg beendet wurde, erhielt Sachsen als Entschädigung für den Verzicht auf seine Ansprüche an der kurbayerischen Allodialmasse eine Entschädigung von sechs Millionen Gulden und die Bestätigung seiner oberlehnsherrlichen Rechte in den schönburgischen Herrschaften. Nicht das Jahr 1763, sondern erst die Jahre 1778/79 markieren für den Autor den Übergang von einer aktiven zu einer weitgehend passiven sächsischen Außenpolitik in preußischem Fahrwasser, wobei der „Glauchauer Krieg“ als Katalysator fungiert habe.

Kordels quellengesättigte und umsichtig argumentierende Studie verdient über den landesgeschichtlichen Kontext hinaus Beachtung, da sie die schrumpfenden Optionen der kleineren und mittleren Reichsstände im Angesicht der preußisch-österreichischen Auseinandersetzung veranschaulicht. Darüber hinaus belegen die präsentierten Ergebnisse die häufig unterschätzte Bedeutung des Lehnrechts im Allgemeinen und des

noch weithin unerforschten böhmischen Lehnshofes im Besonderen. Den aus meiner Sicht wertvollsten Teil der Studie bildet die akribische Rekonstruktion der Abstimmungsprozesse am Wiener Kaiserhof. Luzide entwirrt Kordel die verwickelten Fäden in der Kommunikation zwischen Reichshofkanzlei, Staatskanzlei, Reichshofrat, Hofkanzlei und böhmischem Appellationsgericht. So gelingt ihm der Nachweis, dass dem Reichshofratsverfahren eine vom Reichsvizekanzler geleitete Deputation vorgeschaltet war, in der einzelne Vertreter des Reichshofrats und der böhmisch-österreichischen Hofkanzlei darüber berieten, wie und zu welchem Ende der Prozess zu führen sei. Auch der Inhalt des Votums ad imperatorem, auf dessen Grundlage Joseph II. die sächsisch-schönburgischen Rezesse im Januar 1776 für ungültig erklärte, stand bereits fest, bevor im Plenum des Reichshofrats pro forma darüber beraten wurde – eine Tatsache, die in den Prozessakten verschleiert werden sollte und nur in den von Kordel herangezogenen Akten der Reichshofkanzlei sichtbar wird. Die Studie hätte noch gewonnen, wenn der Autor diese Ergebnisse in den Kontext der Reichshofratsforschung eingebettet hätte. Schließlich wird ein Verfahren geschildert, das eklatant gegen die Reichshofratsordnung und die kaiserliche Wahlkapitulation verstieß. Bei der Arbeit mit den Prozessakten des Reichshofrats sollte folglich nicht außer Acht bleiben, dass sich die juristische Wissensproduktion in einem auf Anwesenheitskommunikation beruhenden und von großer Intransparenz geprägten höfischen Interaktionssystem vollzog. Nach alledem ist nachdrücklich zu begrüßen, dass Kordels bienenfleißige Arbeit nun auch einer deutschsprachigen Leserschaft zugänglich ist.

Tobias Schenk, Wien

*Ackermann, Nadja, Diplomatie und Distinktion. Funktionen eines adligen Selbstzeugnisses der Sattelzeit (Externa, 14), Köln / Weimar / Wien 2020, Böhlau, 287 S. / Abb., € 50,00.*

Nadja Ackermann untersucht in ihrer Berner Dissertation die diplomatische Laufbahn des aus Neuchâtel stammenden Patriziers Jean-Pierre Chambrier d'Oleyres (1753–1822). Dieser trat 1779 in den Dienst Friedrichs II. von Preußen und fungierte zunächst rund zwei Jahrzehnte als Gesandter am Hof des Königs von Sardinien-Piemont in Turin. Von 1805 bis 1816 wirkte er dann als preußischer Gesandter bei der Eidgenossenschaft, von 1816 bis zu seinem Tod 1822 war er preußischer Gouverneur des Fürstentums Neuchâtel. Wie lohnend eine mikrohistorisch-praxeologische Untersuchung der Karriere Chambrier d'Oleyres' ist, verdeutlicht ein Blick auf die Debatte darüber, wie signifikant sich die diplomatische Kultur in Europa um 1800 gewandelt hat. Der Lesart, es handle sich bei den Gesandten um 1800 faktisch um moderne Fachdiplomaten, steht die Deutung gegenüber, Gesandte seien um 1800 primär personale Fürstendiener, also „Gesandte vom *type ancien*“, gewesen (Hillard von Thiesen). Vor dem Hintergrund dieser Debatte analysiert Ackermann das „Welt- und Selbstverständnis“ (18) Chambrier d'Oleyres' und kann dabei auf ein außergewöhnliches Selbstzeugnis zurückgreifen: das 51-bändige Tagebuch des Patriziers mit rund 20.000 Seiten. Chambrier d'Oleyres begann kurz vor seiner Ernennung zum Gesandten im Jahr 1779 mit dem Führen seines Tagebuchs und beendete diese Praxis erst wenige Tage vor seinem Tod.

Der Hauptteil der Studie ist in drei Großkapitel untergliedert, die – gemäß der praxeologischen Perspektive – mit „Schreiben“, „Agieren“ und „Konsolidieren“ betitelt sind. Im Kapitel „Schreiben“ analysiert Ackermann sowohl die Praktiken der Tagebuchführung als auch deren Funktionswandel um 1800: Sie legt überzeugend dar, dass Chambrier d'Oleyres das Tagebuch während seiner Zeit am Hof des Königs von Sardinien-Piemont primär zur Selbstdisziplinierung nutzte. Er verfasste seine stich-